

ZEITUNG VUM LËTZEBUERGER VOLLEK

24. August 2021

Libanon unter Druck

Die Not der Bevölkerung und das Geschacher der Eliten

von Karin Leukefeld

Die Katastrophenmeldungen internationaler privater, staatlicher und UNO-Organisationen über die Lage im Libanon reißen nicht ab. Mit dramatischen Appellen wird auf die Schwächsten einer rundum geschwächten Bevölkerung von rund 5 Millionen Libanesen und mehr als 1 Millionen Flüchtlingen im Zedernstaat hingewiesen.

Ob Kinder, Frauen, palästinensische, syrische oder andere Flüchtlinge – nahezu täglich werden dramatische Appelle verbreitet, die meist mit den gleichen Forderungen enden: Geld wird gebraucht, und die Hilfe müsse ausgeweitet werden, heißt es. Neuerdings verbinden internationale Hilfsorganisationen, die nach dem humanitären Völkerrecht zur Neutralität verpflichtet sind, ihre »dringenden Aufrufe« mit der politischen Forderung zur »Bildung einer neuen Regierung mit klaren Reformzusagen«.

Am vergangenen Wochenende war das von Henrietta Fore, der Direktorin der Spezialorganisation der UNO für die Rechte der Kinder (UNICEF) zu hören. In einer Presseerklärung warnte sie davor, daß bereits »in den kommenden Tagen« mehr als vier Millionen Menschen im Libanon nicht mehr mit Wasser versorgt werden könnten. UNICEF fürchte eine Zunahme von Krankheiten infolge mangelnder Hygiene durch Wasserknappheit. Um die Menschen zu schützen sei »dringend die Bildung einer neuen Regierung erforderlich, mit klaren Reformzusagen«.

Übernutzung der Wasserressourcen

Tatsächlich verfügt der Libanon mit Quellen, Flüssen und unterirdischen Wasseraquiferen über ausreichend Wasser, um seine Bevölkerung zu versorgen. Doch seit vielen Jahren schon weisen lokale und internationale Untersuchungen auf die Gefahr hin, daß es im Libanon infolge von Mißmanagement, Verschwendung und Wasserverschmutzung in der zweiten Jahrhunderthälfte zu erheblicher Wasserknappheit kommen könnte.

Anders als in Syrien gibt es im Libanon kaum Auffangbecken, die das jährliche Regen- und Schmelzwasser speichern. Illegale Brunnenbohrungen und Übernutzung führen entlang der Küste zu einer Versalzung des Grundwassers. Der Wasserhaushalt des Landes wird zusätzlich durch die notwendige Versorgung mit Wasser von mehr als 1 Million Flüchtlingen aus Syrien und Palästina belastet.

Hilfe als Instrument der Intervention

Trotz zahlreicher Appelle der libanesischen und syrischen Regierungen sowie von Rußland und China im UNO-Sicherheitsrat weigern sich die westlichen Ständigen Mitglieder in dem Gremium und die Europäische Union, die Syrer bei einer Rückkehr zu unterstützen. Stattdessen werden mit Milliarden Euro und US-Dollar Hilfsprojekte im Libanon finanziert, die die Menschen zu Bittstellern machen und

eine soziale, wirtschaftliche und politische Erholung des Libanon blockieren. Der politische Wille, für die Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat fehlt trotz UNO-Resolutionen seit Jahrzehnten.

Infolge der Wirtschaftskrise, die das Land seit Herbst 2019 erschüttert, haben im Libanon Stromausfälle zugenommen, so daß Wasserpumpen nicht mehr regelmäßig in Betrieb sind. Hinzu kommen die steigenden Kosten für Treibstoffe, ohne die Elektrizitätswerke, Generatoren und Pumpen nicht betrieben werden können. Inzwischen sind viele Tankstellen im Land ganz oder teilweise geschlossen, der Benzinpreis stieg um mehr als 50 Prozent. Die angespannte Lage wird dadurch verschärft, daß die USA und die EU gezielte finanzielle Hilfen für den Energiesektor des Libanon an politische Forderungen knüpfen.

Lebensperspektive für die Libanesen

Der Vorsitzende der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, hatte wiederholt »politische Eliten« und »gierige Ölkonzerne« beschuldigt, die Versorgungskrise im Libanon zu verschärfen. Er prangerte das Horten von Benzin in großen Mengen für den anschließenden Schmuggel als kriminell an. Erst kürzlich war es an einer solchen illegalen Sammel- und Verteilstelle von Treibstoff im Nordlibanon zu einer schweren Explosion mit Dutzenden Toten gekommen.

Um den Libanesen eine von der konditionierten Hilfe des Westens unabhängige Lebensperspektive zu geben, hatte Nasrallah wiederholt an die geschäftsführende Regierung appelliert, sich von drohenden Sanktionen der USA und der EU nicht einschüchtern zu lassen und Öl aus dem verbündeten Iran anzunehmen, der sich zur Lieferung bereit erklärt hatte. Am vergangenen Donnerstag kündigte Nasrallah an, ein Schiff mit Dieselöl werde noch am gleichen Tag den Iran Richtung Libanon verlassen, weitere Schiffe würden folgen. Man wolle keine Konfrontation, sagte Nasrallah und warnte USA und Israel davor, die Schiffe zu blockieren oder anzugreifen. Jeder der Öltanker werde als »libanesisches Territorium« betrachtet, sobald es den Iran verlassen habe.

Am gleichen Tag wurde bekannt, daß die USA-Botschafterin im Libanon, Dorothy Shea, dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun telefonisch die Hilfe der USA bei der Stromversorgung in Aussicht stellte. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf den Präsidentenpalast, die USA verhandelten mit der Weltbank, die Gaslieferungen aus Ägypten nach Jordanien finanzieren solle. Dann solle Strom aus Jordanien über Syrien – das ebenfalls unter EU- und USA-Sanktionen steht – in den Libanon geleitet werden. Auf dem gleichen Weg solle Erdgas in den Libanon transportiert werden.

In einer Rede am vergangenen Sonntag begrüßte Hassan Nasrallah, daß der Libanon ägyptisches Erdgas erhalten könnte. Dann könnten die Elektrizitätswerke wieder betrieben werden, und es bedeute, daß der Belagerungsring um den Libanon zerbreche. Der Plan, ägyptisches Erdgas zu importieren sei nicht eine Idee der USA-Botschafterin, sondern der Libanon habe es seit Jahren versucht, sagte Nasrallah. »Die Ägypter waren dazu bereit und auch die Jordanier«, so Nasrallah. Die USA hatten lediglich den Plan, es durch Syrien zu liefern, und sie hätten bei den Verhandlungen mit der Weltbank ein Veto eingelegt.

Der Libanon als Versuchslabor

Was für die Libanesen eine Überlebensfrage ist, nutzen andere als Planspiel. Für die von Institutionen der USA und der reichen Industrienationen der EU finanzierten Hilfsorganisationen, Medien und Institutionen ist der Libanon zu einem Versuchslabor geworden. Deutlich wird das in einem Szenario

für die nahe Zukunft der Libanesen, das von Synaps mit Sitz in Beirut in englischer und arabischer Sprache aufgestellt wurde.

Gegründet wurde Synaps 2016 von Peter Harling, einem langjährigen Projektdirektor der Internationalen Krisengruppe (ICG) im Irak, Libanon und Syrien. In einem Interview 2018 bezeichnete Harling Synaps als »Labor für eine andere Form von Wissen, Produktion, Verteilung und Konsum«. Man arbeite für »Klienten und Partner« wie politische Stiftungen, Entwicklungsagenturen und Unternehmen »unsichtbar und exklusiv«. Manche bezahlten dafür »daß wir ihnen sagen, was sie nicht hören wollen«.

Das Szenario erschien in der deutschen Ausgabe von »Le Monde Diplomatique« im August 2021 unter dem Titel »Ist der Libanon noch zu retten« und kommt zu dem Schluß, daß »die Geberländer und Hilfsorganisationen« im Libanon es sich leisten könnten, »die Zukunft neu zu denken«. Sie sollten für ihr Engagement in dem Land einen »Notfallplan entwickeln«, um beispielsweise auf Strom- und Internetausfälle und neue Gesetze reagieren zu können. Sie sollten »libanesischen Partner« auswählen, die sie »finanziell und technisch unterstützen, etwa bei der Ausarbeitung von Notfallszenarios«. Dann sollte »die Geberseite als Kollektiv gegenüber dem libanesischen Regime klare, unverrückbare Grenzen definieren«, heißt es.

Üblicherweise sei humanitäre Unterstützung zwar neutral, »aber im konkreten Fall Libanon haben Hilfsleistungen eine eminent politische Dimension.« Weigere man sich, diese Realität anzuerkennen, würden die ausländischen Gelder »zur besten Ressource für ein Regime, das nur den Status quo erhalten« wolle.